

Die "Freie Presse" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 RM, im voraus zahlbar. Für den Versand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Beifügung des Betrages für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänke, das Elsaß u. Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Kuronburgs 20 RM, für das übrige Ausland 27 RM, per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 RM. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Weite Straße 50.

Die achtspaltige Annoncenzeile oder deren Raum kostet 1.- M. einschließlich Fernsprechkosten. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Fernsprechkosten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Die Freie Presse

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Wir wollen keinen neuen Krieg!

In seiner gestrigen Unterhausrede hat Lloyd George erklärt, daß auch Polen den Vertrag von Versailles zu revidieren habe, und daß die Alliierten die Pflicht hätten, Deutschland gegenüber über die Innehaltung des Vertrages zu wachen. Die eine Wendung des Premierministers, wonach es den Deutschen nicht verwehrt sein dürfte, sich gegenüber den Polen zur Wehr zu setzen, wird aber von einem Teil der Presse so ausgelegt, als ob Lloyd George die deutsche Regierung förmlich dazu aufgefordert habe, die Reichswehr nach Oberschlesien zu entsenden und damit einen neuen Krieg zu entfesseln. Selbst das "Berliner Tageblatt", das seinen Bedarf bald aus der pazifistischen, bald aus der kriegstreiberischen Küche deckt, glaubt die Rede Lloyd Georges an dieser Stelle als eine Aufforderung zum Kriegsbeginn auslegen zu können. Allerdings rät das Blatt der deutschen Regierung, sich vorher "die nötigen Bürgschaften" zu sichern. Denn wenn die deutschen Truppen ohne weiteres in Oberschlesien einmarschieren würden, so böte sich der französischen Regierung die Gelegenheit, das Ruhrgebiet mit ihrer noch marschbereiten "Seldenschar" zu erobern.

Wir wollen dazu mit aller Bestimmtheit erklären, daß das deutsche Volk weder mit noch ohne "Bürgschaften" einen neuen Krieg wünscht. Der Friedensvertrag legt den Alliierten die Verpflichtungen auf, für die Ordnung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet zu sorgen. Solange die endgültige Entscheidung über das zukünftige Schicksal Oberschlesiens nicht gefallen ist, haben weder deutsche Reichswehrtruppen, noch verkleidete militärische Organisationen in Oberschlesien etwas zu suchen. Die Interalliierte Kommission in Oberschlesien ist ein Organ der Entente; wenn diese den Ausbruch der polnischen Unruhen nicht hindern konnte, so hat jetzt die Entente die volle Verpflichtung, alle Maßnahmen zur Wiederherstellung des vertraglichen gesicherten Zustandes zu treffen. Daran ist festzuhalten, jeder Gedanke an Entfesselung eines neuen Krieges ist von vornherein und mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Aber gerade die Rede von Lloyd George zeigt ja, daß es auch ohne einen neuen Krieg gelingen muß, im oberschlesischen Abstimmungsgebiet wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, ohne daß die deutschen Rechte dabei verletzt zu werden brauchen. Wir haben schon nach der Bekanntgabe der alliierten Note an Polen gesagt, daß deren energischer Ton als eine Auswirkung der Annahme des Ultimatums durch Deutschland anzusehen sei. Auch die Rede von Lloyd George wäre nicht gehalten worden, wenn sich nicht eine Reichstagsmehrheit gefunden hätte, die in der entscheidenden Stunde das Notwendige und das Einzige Mögliche tat. Wenn die deutsche Regierung jetzt etwa der Kriegsstärke interessierter Nationalisten nachgeben wollte, so würde sie auch mit "Bürgschaften" das in einer Reihe von Ententeändern sich jetzt anbahnende Verständnis für Deutschlands Lage wieder mutwillig zerstören.

Bei den französischen Nationalisten wird man dieses Verständnis vorläufig noch vergeblich suchen. Die französische Presse, soweit sie zur Rede von Lloyd George Stellung nimmt, befindet sich in heftiger Erregung, und es wird damit gedroht, daß das englisch-französische Einvernehmen in die Brüche gehen könnte. Den französischen Kriegstreibern könnte nun nichts Angenehmeres widerfahren, als wenn die deutsche Regierung gegen Polen mobilisieren würde. Denn mag es auch in der letzten Zeit zwischen der englischen und der französischen Politik zu einigen Mißverständnissen gekommen sein, so ist nicht anzunehmen, daß gerade wegen der oberschlesischen Frage die Gegensätze zwischen dem englischen und dem französischen Imperialismus zum Ausbruch kommen würden. Man darf nie vergessen, daß Oberschlesien zwar für Deutschland eine ungeheuer wichtige Angelegenheit ist, für den Ententeimperialismus ist die oberschlesische Frage nur ein Stück des allgemeinen weltpolitischen Interessengebietes. Also auch von diesem Gesichtspunkt aus, wäre die Entfesselung eines neuen Krieges nicht nur ein Verbrechen am deutschen Volke, sondern noch dazu eine wahnwitzige Verleugung der gesamten außenpolitischen Situation.

Uns will es scheinen, als ob auch der neue Reichszankler nicht das Augenmaß für das gehabt hat, was jetzt von uns zu tun ist, als er dem Berliner Korrespondenten des "New Yorker Herald" in einer Unterredung etwas über die Ansichten der deutschen Regierung gesagt hat. Dr. Birth soll erklärt haben, daß die Zahlungen Deutschlands mit der Lösung der oberschlesischen Frage im engsten Zusammenhang ständen. Die Zahlungen seien nicht nur ein materielles, sondern auch ein psychologisches Problem. Wenn die deutsche Regierung die Unterstützung der Großindustrie erringen solle, um die Zahlungen durchzuführen, dann müsse zunächst eine Atmosphäre der Ruhe geschaffen werden.

Den. Der "New York Herald" fügt dieser Unterredung folgende Anmerkung hinzu: Als der Inhalt dieses Interviews gestern in Pariser politischen Kreisen bekannt wurde, erklärte man, daß dadurch wieder ein neuer Beweis dafür erbracht sei, daß Deutschland das Ultimatum nur angenommen habe, um Zeit zu gewinnen, und um die Sympathien der Neutralen und Alliierten zu erlangen, damit der größte Teil Oberschlesiens Deutschland zugesprochen werde. Aber die französische Regierung sei nicht gewillt, den deutschen Ansprüchen Rechnung zu tragen.

Wir halten es für unangebracht, daß der Reichszankler jetzt durch Erklärungen von solcher Art die Zustimmung zum Ultimatum Mißverständnissen aussetzt. Nachdem von deutscher Seite so gut wie nichts geschehen ist, um zu einer Verständigung mit Polen über Oberschlesien zu kommen, sind wir jetzt gezwungen, den Spruch der Alliierten mit allen seinen Folgen abzuwarten.

## Was Lloyd George noch sagte

Aus der Unterhausrede Lloyd Georges über Oberschlesien werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Er glaube, es sei richtig, ganz offen zu sprechen, denn wenn solche Dinge sich ereigneten, und man von ihnen nicht Notiz nehme, und sich mit ihnen nicht befasse, mit dem besten Gerechtigkeitssinn, der die Haltung Englands bei jedem Vorgehen in auswärtigen Dingen kennzeichnete, so wäre das verhängnisvoll für den europäischen Frieden. Wenn der Frieden gestört werde, so vermöge er nicht voranzuschreiten, was mit Europa geschehen werde. Es sei daher im Interesse der Nation von größter Wichtigkeit, ohne Rücksicht auf Abneigung und Vorliebe, gleichgültig, ob man diesen Mann liebe oder einen anderen nicht liebe, anzuerkennen, daß Gerechtigkeit mit Zuneigung und Abneigung nichts zu tun habe. England müsse fest und ehrenhaft entscheiden, in Uebereinstimmung mit dem Vertrage, den es selbst unterzeichnet habe.

Der Friedensvertrag sei die Urkunde der Freiheit Polens, die auf ihm beruhe. Das letzte Land in Europa, das ein Recht habe, sich über den Friedensvertrag zu beschweren, sei Polen, denn Polen habe den Vertrag von Versailles nicht gewinnen helfen. Durch ein grausames Geschick sei Polen während des Krieges gespalten gewesen. Eine Hälfte seiner Ehre sei auf Seiten der Alliierten gewesen, die andere habe gegen sie gestanden. Die Freiheit Polens war Italien, England und Frankreich zu danken. Es gibt keinen Buchstaben des Vertrages, der nicht ein junges englisches Leben und nahezu zwei französische Leben bedeutete. Unter diesen Umständen müßte es vor allen Ländern jedes Kommando des Vertrages stehen. Jetzt, da Deutschland durch das Vorgehen der Alliierten entwaffnet und hilflos ist, sagt Polen, es wolle für Oberschlesien sogar gegen den Vertrag kämpfen. Korzianij sagt, die Polen in Schlesien wollten eher sterben, als sich ergeben. Wenn sie früher so gedacht hätten, als die Schlocht für Polens Freiheit gekämpft wurde, so wären weniger englische, französische und italienische Leben verloren gegangen. Aber die Polen kamen auf diese Anschauung erst, als Deutschland entwaffnet und hilflos war.

Lloyd George führte weiter aus, das Einzige, was er voraussetzen wolle, sei, daß im Hinblick auf den Vertrag von Versailles Gewalt viel weniger und die Ehre und der Kredit Deutschlands und die Unterzeichnung seiner Verpflichtung weit mehr ins Gewicht fallen werde. Es sei ein Fehler in der Rechnung, wenn Deutschland sagen dürfte: Ihr verlannt unsere Ehre und unser Verpflichtung, was habt Ihr mit der Euren gemacht? Als es gegen uns ging um Wiederaufbau oder Abbrüstung da habt Ihr auf der Blokadeforderung bestanden und habt andere Maßnahmen ergriffen, denn Ihr wolltet uns zwingen und den Vertrag von Versailles durchführen. Was habt Ihr getan, als Polen Euch in Oberschlesien herausforderte? Waret Ihr damals ebenso hartnäckig? Lloyd George erklärte feierlich, für England und die Alliierten handele es sich nicht bloß um eine Angelegenheit ihrer Ehre, obwohl das sicherlich nicht unterschätzt werden dürfe, es sei eine Angelegenheit ihrer Sicherheit und ihrer Ruhe, zu zeigen, daß sie am Vertrage festhielten, möge er für sie oder gegen sie sprechen. Mehr als er sagen könne, mißbilligte und fürchte er die Länderei, das Spielen mit dem Vertrage, indem man sage, schließlich seien es ja die Deutschen.

Lloyd George erinnerte an die Regelung der litauischen Frage, bei der die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und England beteiligt waren. Wilna sei von regulären polnischen Truppen besetzt worden, was eine Herausforderung der Alliierten gewesen sei. Polen sei ersucht worden, die Truppen zurückzuziehen, habe jedoch die Verantwortung für die Besetzung abgelehnt. Dasselbe habe sich jetzt ereignet, dieselbe Ablehnung der Verantwortung. Die Tatsache, daß Waffen von Polen hereingeführt wurden, daß Offiziere die Grenze überschritten, mache es sehr schwer, sich dem Gefühl zu verschließen, daß die Ablehnung der Verantwortung nicht anders als bloß im Wortsinne zu deuten sei. Als d'Annunzio in Herausforderung der italienischen Regierung Flume wegnahm, fühlte die italienische Nation, daß ihre Ehre im Spiele war, und d'Annunzio und seine Leute waren aus Flume hinaus. Die Italiener schritten sogar zu bewaffnetem Eingreifen, denn sie fühlten, daß die Ehre einer großen Nation in die Angelegenheit verwickelt war. Er halte Polen dieses schäme Beispiel vor. Das höchste Interesse der Alliierten gehe dahin, den Vertrag von Versailles innewahalten. Gegenwärtig hätten sie die Uebermacht auf ihrer Seite, und Deutschland habe sich unterworfen. Die Zukunft sei dunkel und ungewiß.

## Unzufriedenheit mit Lloyd George

Heftige Angriffe der französischen Presse  
E. Paris, 14. Mai.

Die französische Presse greift Lloyd George wegen seiner gestrigen Rede im Unterhaus in den schärfsten Worten an. So erklärt der "Petit Parisien": Man habe in diesem Blatte immer die englisch-französische Allianz betont und daher habe Lloyd George nicht das Recht, irgend welche Vorwürfe zu machen. Das Vorgehen Polens entspreche ja der rechtlichen Grundlage, aber auch die Haltung gegenüber Jeligowsky erkläre bis zu einem gewissen Grade, daß England Polen keinen Glauben schenken will. Lloyd George habe Recht gehabt, wenn er auf der kritischen Durchführung des Friedensvertrages bestohe. Er habe auch weiterhin zwei Behauptungen aufgestellt. Zunächst die, daß in Oberschlesien die deutsche Bevölkerung selbstbestimmend sei. Mit solchen Behauptungen betreibe man nur das Spiel Deutschlands. Noch erstaunlicher sei die Behauptung, daß man Deutschland gestatten könne, mit seinen Truppen die Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen. Lloyd George hat offenbar die unglückselige Wirkung nicht ersehen, die ein solcher Rat an Deutschland in Frankreich zur Folge haben würde. Diese Rede sei aber offenbar nur der Ausfluß einer momentanen Laune. Aber in anderen Punkten können wir noch feststellen, welche indiscrete Haltung die englische Diplomatie seit der Unterzeichnung des Ultimatums eingenommen hat. So erklärt man, daß Lord d'Albion die deutsche Regierung wissen ließ, daß die Annahme von Dautsburg, Düsseldorf und Ruhrort bevorstehe. Dieses Vorgehen sei erfolgt, ohne daß Frankreich davon verständigt worden sei. Durch derartige Schritte werde aber das Zusammenarbeiten in höchstem Maße gefährdet. Im "Echo de Paris" führt Periziney aus: Lloyd George habe eine glänzende Gelegenheit zu Schweigen vorübergehen lassen. Er wolle Frankreich vor ein diplomatisches Fait accompli stellen, aber Frankreich nimmt es nicht hin, daß man ihm die Hände binden wolle, und erwartet, daß seine Wortführer mit lauter Stimme erklären werden, daß es nicht dulden werde, daß irgendein Teil des oberschlesischen Industriegebietes seinem polnischen Alliierten entzogen werde. Der Friedensvertrag werde nur insoweit erfüllt werden, als die Ruhe und Oberschlesien im Bereiche Frankreichs und Polens verbleibe. Die Schuld Frankreichs sei auf der Londoner Konferenz auf die gefährlichste Probe gestellt worden. Man habe Frankreich zeitweilig seines unentbehrlichsten Standes beraubt, und nunmehr zögere man nicht, vor Frankreich das Bild eines Deutschlands zu entwerfen, das seine Revanche in Oppeln und Kattowitz vorbereite. Wenn die Alliierten in Oberschlesien Ordnung schaffen wollten, benötigten sie mindestens 80 000 Mann. Es müsse gesagt werden, ob Lloyd George über diese verfügen könne. Was nun Frankreich anlange, so sei es in der Lage, selbst die Deutschen in Ordnung zu halten.

## Stimmen der englischen Presse

London, 14. Mai. (B. T. S.)

Die Rede Lloyd Georges über Oberschlesien im Unterhaus nennt "Daily Express" ehrlich und staatsmännlich. Die Polen hätten sich der größten Undankbarkeit gegen die Alliierten schuldig gemacht und ein Verbrechen gegen den Weltfrieden begangen, für das sie zur Rechenschaft gezogen werden müßten. Polen müsse ein für allemal darüber belehrt werden, daß es als Unruhestifter in Europa keine Zukunft habe. "Daily Chronicle" schreibt, die Lage in Oberschlesien sei für die Alliierten erniedrigend, und auch besorgniserregend. Die Alliierten seien jedoch selbst nicht frei von Schuld, der Hauptgrund sei, daß sie bisher nicht in der Lage gewesen seien, bezüglich der oberschlesischen Grenze sich untereinander zu einigen. Das Blatt tritt dafür ein, daß London und Paris so schnell wie möglich zusammenkommen und untereinander eine endgültige Formel ausarbeiten. "Daily News" schreibt, es beständen maßgebende Beweise für die vorläufige Weigerung der französischen Streitkräfte in Oberschlesien, der Aufstandsbewegung entgegenzutreten, in einem Augenblick, wo das noch hätte geschehen können. In einem Pariser Blatt stehe sogar, daß die französische Regierung beschlossen habe, den Industriebezirk Oberschlesiens Polen zugewiesen, und sagt: Wenn die anderen Alliierten diesen "Beschluß" nicht annehmen, würde Irland und seine Kollegen an der nächsten Sitzung des Obersten Rates nicht teilnehmen. "Daily News" fügt hinzu, es bestehe Grund, sich lieber eines Kommentars zu enthalten, als die Lage ausführlich zu erörtern. "Morning Post" greift in einem Leitartikel Lloyd George heftig an, indem sie ihm Deutschfreundlichkeit und Abneigung gegen Polen vorwirft.

## Oberschlesien im Vorkriegsstaat

E. Paris, 14. Mai.

Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung des Vorkriegsstaates teilt das "Echo de Paris" folgende Einzelheiten mit: Es wurde zwar über die verschiedenen Erörterungen das Geheimnis gewahrt, aber die Tatsache, daß Marshall Foch und General Wengand anwesend waren, wies darauf hin, daß man sich mit

Oberhessen beschäftigt, und zwar mit der dortigen militärischen Lage. General Le Rond erklärte vor einigen Tagen, daß man 60 000 Mann brauchen würde, um den Aufruhr sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite in Oberhessen zu unterdrücken. Daher sei es das Beste, wenn die Interalliierte Kommission in Oberhessen wiederhergestellt. Was die Grenzfestsetzung betrifft, so sei bereits gewiß, daß der Oberste Rat sie vornehmen werde. Ursprünglich wollte man dies der Vorkonferenz überlassen. Nach der gestrigen Rede Lloyd Georges ist das jedoch nicht mehr möglich. Man hat allen Grund zu der Annahme, daß die Regierungsdirektoren Englands, Frankreichs und Italiens zu einem einheitlichen Entschluß kommen dürften. Es sei aber zu wünschen, daß der Oberste Rat sich nicht bald mit der oberhessischen Frage beschäftige, denn man habe gesehen, welche Gefühle Lloyd George hat und welchen unerwünschten Beschluß die französische Regierung faßt.

### Italien und Polen

Rom, 13. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.)

Sofort nach seiner Rückkehr aus London empfing Graf Sforza den polnischen Gesandten, der erneut sein tiefes Bedauern darüber aussprach, daß während des oberhessischen Aufstandes 19 italienische Soldaten getötet wurden. Graf Sforza wies ihn auf die Notwendigkeit hin, jede Möglichkeit für neue Zusammenstöße zu verhindern. Seitdem hätten die Italiener keine neuen Verluste gehabt, aber die militärischen Unternehmungen gingen weiter, und trotz der besten Absichten könnten sie doch zu neuen Verlusten führen. Die italienischen Truppen befänden sich kraft eines internationalen Mandates in Oberhessen. Im Interesse herzlicher Beziehungen zwischen Italien und Polen telegraphierte Graf Sforza der italienischen Gesandtschaft in Warschau, sie solle der polnischen Regierung fest und energisch zu verstehen geben, welcher Art die Gefühle der italienischen Regierung und der öffentlichen Meinung Italiens seien. Italienisches Blut dürfe auf keinen Fall wieder vergossen werden. Ueber die Zahlung von Entschädigungen an die Opfer bestche kein Zweifel, sie müsse sobald wie möglich erfolgen.

### Die Verluste der Alliierten

Paris, 13. Mai.

Nach einer Havasmeldung aus Oppeln haben die alliierten Streitkräfte in Oberhessen folgende Verluste zu verzeichnen: Franzosen 2 Tote, 7 Verwundete, Italiener 20 Tote, darunter ein Offizier, und 40 Verwundete, darunter 2 Offiziere. Ferner wurde ein englischer Polizeiergeant getötet.

### Die unzumutbare Bindung

Die Angst vor dem guten Willen der Unabhängigen

Wir wiesen schon gestern auf die charakteristische Tatsache hin, daß sich der Referent in der Berliner Funktionärskonferenz der S. P. D., der Reichstagsabgeordnete Hildenbrand in einem Gegensatz zu der übergroßen Mehrheit der Versammlung setzte, indem er den Zusatzantrag über die Nichtaufnahme der Deutschen Volkspartei in die Koalitionsregierung als „unzumutbar“ verwarf. Aus dem ausführlichen Versammlungsbericht, den der „Vorwärts“ nachträglich veröffentlicht, geht nun noch weiter hervor, aus welchen Gründen Hildenbrand den Zusatzantrag bekämpfte. Er erklärte, daß er über das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei anderer Auffassung sei als offenbar die Mehrheit der Versammlung. Er rede einem solchen Zusammengehen nicht das Wort, aber der Zusatzantrag erscheine ihm als eine „unzumutbare Bindung“. „Ich wünsche gewiß nicht“, fuhr er fort, „eine Koalition mit der Volkspartei, gegenwärtig sind wir aber in der Regierung auf den guten Willen der außenstehenden Unabhängigen angewiesen. Das kann jedenfalls auch nicht unser Ziel sein.“

Wenn Worte einen Sinn haben sollen, so bedeuten die Äußerungen des Abgeordneten Hildenbrand, trotz aller diplomatischen Verhüllungen, daß er die Anwesenheit der Vertreter der Deutschen Volkspartei in der Regierung als ein kleineres Übel betrachtet würde, als die Abhängigkeit der gegenwärtigen Regierung von dem „guten Willen der außenstehenden Unabhängigen“. Er würde also lieber das Zusammengehen mit der Sinnespartei in den Kauf nehmen, um eine feste Mehrheit zu erlangen, als

durch eine den Interessen der Arbeiterschaft und dem Sozialismus entsprechende Politik, die Unterstützung unserer Partei zu gewinnen.

Werden vielleicht aus diesem Grunde die wichtigsten Posten in der neuen Koalitionsregierung unbelegt gelassen?

### Hoover über Deutschlands Zahlungsfähigkeit

Wtd. Tel. Washington, 14. Mai. (Zuspruch.)

Handelsminister Hoover erklärte, Deutschland sei imstande, jeden Pfennig seiner Reparationspflicht zu bezahlen. Wenn die Zolltarife der anderen Länder den deutschen Waren die Auslandsmärkte nicht verschlossen, könne Deutschland seine Ausfuhr so weit steigern, um die Jahresraten abzutragen. Deutschland müsse aber auch seinen Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen, aufs strengste die Einfuhr aller Luxusartikel beschränken und die inländische Industrie von der Herstellung nicht notwendiger Artikel abhalten. Auch müsse das deutsche Heer demobilisiert und alle Männer einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden.

### Keine Einwohnerwehren in Württemberg

Der württembergische Landtag begann am Freitag mit der Einzelberatung des Etats für 1921. Finanzminister Viesch teilte mit, daß nach Annahme des Ultimatus die für die Einwohnerwehr eingelegten 1½ Millionen Mark im Etat in Wegfall kämen. Er wies darauf hin, daß zur Deckung des Defizits, das 30 Millionen Mark beträgt, keine Reserven zur Verfügung ständen. Ohne Hilfe des Reiches sei keine Möglichkeit, den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen.

### Die ich rief, die Geister...

In der „Roten Fahne“ erteilt Waldemar 10 Ratschläge für Versammlungsbesucher, von denen wir einige wiedergeben wollen:

1. Besuche prinzipiell keine Versammlungen, Dein abgestürzter Geist könnte durch neue Eindrücke nur Schaden leiden.
2. Läßt sich aber ein Versammlungsbesuch nicht vermeiden, dann komme möglichst spät und polemisiere scharf gegen den Referenten, den Du gar nicht gehört hast, oder gegen Abwesende.
3. Nimm niemals eine Funktion an. Das Kritische ist viel schöner. Wenn man Dich deshalb übergeht, dann trage über die elende Claqueurwirtschaft.
4. Es ist Deine Pflicht, Deine sämtlichen Genossen für unfähig und elende Stellenjäger zu halten. Du ganz allein bist nicht der Klügste, sondern auch der einzige Unbestechliche und Prinzipienfeste.
5. Deine praktische Mitarbeit hat im umgekehrten Verhältnis zu Deiner unermüdbaren Kritik zu stehen. Je mehr kritisiert und je weniger getan wird, um so eher wird die Bewegung vorwärtskommen.
6. Für Deine ungehemmte und schonungslose kritische „Mitarbeit“ gibt es nur eine Grenze der Mäßigung: Vermeide unter allen Umständen, daß man Dich in die unangenehme Lage bringt, praktisch zu zeigen, wie man es besser macht.

Nach den hier wiedergegebenen Rezepten haben die kommunistischen „Reinigen“ in unserer Partei gearbeitet, bis wir sie heute der Spaltung glücklich losgeronnen sind. Sie arbeiten auch heute in dieser Weise in den Gewerkschaften, um auch diese Organisationen in Stücke zu reißen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß sich auch innerhalb der S. P. D. derselbe Geist des gegenseitigen Herunterreichens, des unfruchtbaren Kritizierens und der patentierten Unfähigkeit breitmacht, der das Kennzeichen der gehaltenen kommunistischen Wunderärzte und Revolutionsstrategen ist. Die satirischen Ausfälle Waldemars gegen dieses Krebsübel sind ein Ratschlag, der die innere Zerfetzung in der kommunistischen Partei beleuchtet. „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.“

**Bolschewistenjucht in England.** Im Unterhause erklärte Lloyd George, die englische Regierung beobachte sehr genau die bolschewistische Propaganda und sei bereit, eine sofortige Aktion zu unternehmen, wenn sie gerechtfertigt sei, gegen Personen, die die Saat der Revolution in England säen.

### Ueberschreitung des Achtstundentages

Genosse Künstler hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

In der Bahnmeisterei 44 (Karlsdorf) wurden im Jahre 1920 von 51 Arbeitern 6022 Ueberschreitungstunden geleistet. Ferner werden auf den Bahnhöfen Rummelsburg, Treptow, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schloßher Bahnhöfe und vielen anderen Dienststellen im Direktionsbezirk Berlin die von den Arbeitern geleistete siebente Schicht nicht durch Arbeitsruhe an einem der nächsten Tage ausgeglichen.

Dadurch wird die im § 3 des Lohnarbeitsvertrages für die Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung vom 11. März 1921 und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vorgesehene wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden regelmäßig überschritten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen Zustand angesichts der großen Arbeitslosigkeit zu beseitigen?

### Die Zuchthausmaschine

Von den wegen des Kommunismus am 23. März auf der Vulkanwerk in Raumburg Angeklagten wurden sieben vom außerordentlichen Gericht freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zweieinhalb Jahren, der Hauptangeklagte Goldner zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das Sondergericht in Hagen verhandelte gegen eine Anzahl Personen, die bei den letzten kommunistischen Unruhen 200 000 M. aus der Reichsbank in Geseßberger geraubt hatten. Das Gericht verurteilte den einen Angeklagten zu vier Jahren Zuchthaus, einen weiteren zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren.

### Der blutige 1. Mai in Warschau

In Warschau ist am 1. Mai Blut geflossen, Hunderte jüdische Arbeiter sind verwundet, Hunderte eingekerkert. Wie die in Berlin erscheinende „Jüdische Arbeiterstimme“ das Organ der „Poale Zion“, mitteilt, hat die jüdische Arbeiterschaft Warschaws am 1. Mai friedlich demonstriert und würdig und erst ihre Forderungen verkündet. Die Polizei hat die Versammlungen und Demonstrationen nicht verboten, die Redner nicht gehindert, offenbar um die wehrlose und friedliche Arbeiterschaft in einen Sinkerhalt zu locken, um sie dann um so blutiger schlagen zu können.

Zur selben Zeit, als die P. S. ruhig und ungestört ihre Maidemonstration abhielt, wurden die Versammlungen der jüdischen Arbeiterparteien, des „Bundes“, der „Poale Zion“ und der „Bereinigten“ mit blanker Waffe auseinandergejagt. So sieht die „berühmte polnische Freiheit“ aus.

Die polnische Reaktion ist aber im Irrtum, wenn sie glaubt, mit Polizeidajonetten und Terror die jüdische Arbeiterbewegung zu vernichten. Was dem Zaren und seinen Helfern nicht gelungen ist, das wird auch der Regierung des „Bauern“ Mißlingen nicht gelingen.

### Militär gegen Streikende in Amerika

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ haben die beiden Gouverneure von West Virginia und Kentucky einen dringenden Appell an die Washingtoner Regierung gerichtet, Truppen zu entsenden, da bei dem Streik auf den Kohlengruben von Mingo County große Unruhen ausgebrochen seien. Die Streikenden seien im Besitze von Maschinengewehren und Gewehren. Die bisherigen Kämpfe hätten bereits eine Anzahl Toter und Verwundeter gefordert.

Überall dort, wo der Kapitalismus herrscht, bietet sich das gleiche Bild. Wenn Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage zum letzten Mittel, zum Streik, greifen, so wird gleich die ganze Staatsgewalt gegen sie aufgeboten. Es ist anzunehmen, daß die Ursache zu den Zusammenstößen nicht bei den streikenden Arbeitern, sondern bei den Organen der Unternehmer zu suchen ist, die in den amerikanischen Minenbezirken besonders brutal auftreten.

**Nachschuß in Frankreich.** Einer der Kommunisten, die an den Pariser Kundgebungen gegen den Krieg am vorigen Sonntag teilgenommen haben, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

### Schule und Kunst

Von Adolf Behne

Am 4. und 5. Mai war in Lankwih die Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer, die dem Problem „Schule und Kunst“ vorbehalten war. Mein Bericht muß sich auf die Referate des Himmelfahrtstages stützen, da ich den Vorträgen des ersten Tages (Franz Hilker, Oskar Wulff, Walter Kühn und Siegfried Kawerau) nicht beiwohnen konnte. Die Arbeit am Himmelfahrtstage war für alle Teilnehmer von größtem Wert und ging weit über das hinaus, was im allgemeinen bei Verbandstagungen an fruchtbarer Arbeit geleistet zu werden pflegt. Wir haben allen Grund, dem Leiter Paul Destréich für das reiche Material zu danken.

Mit einer ganz überraschenden Klarheit schieden sich zwei Grundansichtungen. Der Gegensatz wurde kaum je beherrschter und war doch das Kennzeichen des Tages. In den Referaten zum Thema des Zeichenunterrichtes (auch Modellierens und Schreibens) trat er am wenigsten deutlich auf, wie diese Referate überhaupt die materielle waren. Nur Otto Möllers Beitrag ersetzte wirklich das Wesentliche. (Möller wird in der „Freiheit“ in kurzem zu diesem Thema das Wort ergreifen. Die Red.) In den drei Musikreferaten, die einander ebenfalls ebenbürtig waren an Klarheit und Gefühl für Verantwortung (Heinrich Jacoby, Fritz Wde und Hilmar Hödner) trat der Gegensatz zuerst hervor, und in den gymnastischen Vorträgen der Schulen Dalcroze und Rhoden-Banggaard stellte er sich zum Schluß sichtbar und in vollster Konsequenz dar.

Das Ziel der Schulreform ist, wie mehrfach mit Recht gesagt wurde, die Entmilitarisierung der Schule, die Befreiung vom Drill, von der zwangsmäßigen Einprägung der Kinder in die Schablone. Dem Schulreformer ist das Kind der Ausgangspunkt aller Schularbeit. Man muß also das Kind erkennen. An Stelle der mechanischen Auswertung des Kindes zum Erwaschen-Schema muß eine Methode treten, die den Weg beim Kinde beginnen läßt.

Eine tiefere Einsicht lehrt, daß man, um mit Erfolg zu unterrichten, das Wesen, das unterrichtet werden soll, kennen muß, und „Erfolg“ bedeutet nicht mehr Eintreibung von möglichst vielen Kenntnissen in möglichst kurzer Zeit, sondern Heranbildung von Menschen, die jene Kenntnisse, die für erforderlich gehalten werden, erwerben ohne Beeinträchtigung ihrer Gesundheit, ihrer Frische und ihres Charakters. Dann sind auch die Kenntnisse selbst als Material zu überprüfen, wie weit sie wirklich notwendig sind.

Nun hat man aber vielfach aus dieser Aufgabe eine etwas sentimentale Angelegenheit gemacht, indem man die Schule, das

Lernen, den Lehrer zum bösen Prinzip machte, vor dem man um Gotteswillen die Seele des Kindes zu schützen habe! Der berechtigte Kampf gegen den Schulmilitarismus wurde hier zu einem sehr unklaren Kampf gegen den bösen Erwachsenen, der sich anmaßt, einem Kinde den Weg zu seinem eigenen schöpferischen Leben zu versperren.

Wird da nicht an Stelle des einen unmöglichen Systems, des Schulmilitarismus, ein ebenso unmögliches gesetzt: der Kult des Kindes? Dieser Kult des Kindes artet schließlich in das Lantenhafte aus. Er hat mit Liebe zum Kindhaften nichts mehr zu tun, sondern ist eine egoistische Entzückungs- und Beglückungsmanier geworden.

Der Kult des Kindes löst den Sinn jeder Schule, der guten wie der schlechten, auf. Logisch müßten die Anhänger dieser Anschauung das Kind auf das Katheder, sich selbst auf die Bänke setzen und jeder freundlichen Äußerung des Kindes ergriffen Beifall klatschen. Diese romantische Sentimentalität ist eine rein ästhetische Angelegenheit quietistischer Menschen, ist in unelbstliche Phrasenhaftigkeit ausgeartet und geht völlig an dem Grundproblem aller Erziehung, der Führung und Leitung und der Verantwortung vorbei.

Anschauungen dieser Art spuken bei manchen Pädagogen, denen die Anwendung von der alten, schlechten Methode zur Abkehr von Methode überhaupt wird. Sie isolieren mit ihrer Methodenlosigkeit — und werden bei allem guten Willen nichts anderes tun können, als zu dilettieren und die Kinder zum Dilettantismus zu verleiten. Das ständige Betonen des „Schöpferischen“, „Gestaltenden“ im zeichnenden Kinde, wie in Referate Erwin Hermanns, ist schon bedenklich. Ich messe der Zeichnung des Kindes als einer Äußerung seines Lebens große Bedeutung zu und bin oft genug entzückt von dem künstlerischen Reize seiner Gebilde. Aber die Voraussetzungen dieser Tätigkeit sind zu wesentlichen Teilen andere als die Voraussetzungen des gestaltenden Künstlers, und gegen eine blinde Vermauschung ist Einspruch zu erheben. Man mache doch nicht aus dem Entzücken unserer Augen an der Kinderzeichnung eine seriöse Sentimentalität, indem man das Kind zum „Künstler“ macht, zum „Schöpfer“, zum „Gestalter“, der aus seinem „Erleben“ (Lieblingswort dieser Pädagogen) die „Ausdrucksform“ (auch das ein Hauptwort ihrer Theorien) bildet.

Wenn das Kind zeichnet, dann spielt es entweder oder es sucht Erkenntnis. Das Spielen ist sein gutes Recht, aber wir begehren eine schlimme Gedankenlosigkeit, wenn wir, weil das nämlich uns Spaß macht, auch seinen Erkenntnistrieb ins Spiel zurücklegen! Wir machen so das Kind zu einem Dilettanten und verraten es. Und ich fürchte sehr, daß das noch mehr der Erfolg der Lehrweise von Müller-Viehensberg sein wird, als der relativ harmlosen von Hermann. Müller, dessen ursprüngliches Lehrtalent wir auch jetzt nicht verkennen, erzieht systematisch

keine Expressionisten (was er früher vermieden hat) und gibt eine Art „Sturm“-Schule für die Kleinen. Das Kind wird nicht gefördert, sondern gehemmt. Statt seiner Energie Ziele zu stecken, wird es auf sein „inneres Erleben“ von Erwachsenen, die darin irrtümlich den Sinn der Kunst sehen, zurückgeworfen.

Ernsthafter wurden die Probleme berührt in den Referaten zum Musikunterricht. Mit erfreulicher Deutlichkeit trennte Hilmar Hödner die musikalischen Sachwerte von den Schwerten, deren maßlose Ueberschätzung er zurückwies, und wenn Heinrich Jacoby den Musikunterricht nicht mit der Eintreibung eines papierernen Wissensstoffes beginnen will, sondern bei den Äußerungen eigener spontaner Musikalität des Kindes, so betonte gerade er mit Recht, daß es sich überhaupt nicht um Kunstangelegenheiten handle, sondern lediglich darum, alle Fähigkeiten des jugendlichen Menschen zu wecken. Keineswegs schließt die Aufgabe des Führens und Leitens das Wahren spontaner Äußerungen des Kindes aus, im Musikunterricht ebenso wenig wie im Zeichenunterricht. Dieses Aufrufen zur spontanen Arbeit in einem Stoffe ist sogar allerwichtigste Voraussetzung für alle Weiterführung. Denn ohne die Aktivität des Kindes bleibt alles wieder Drill. Aber das Ziel ist nun nicht, aus der Aktivität des Kindes die kunstblutigernde Improvisation zu züchten. In eine vollkommene Methodik des Unterrichts gehört die Anknüpfung an die spontane Aktivität des Kindes hinein, aber sobald die Methode der Uebermittlung der Sachwerte vor dem Kult des „Schöpferischen“ im Kinde abdankt, verkehrt sich Wahrheit in Irrtum. Ist es nicht schon eine merkwürdige Anschauung, daß ein Lehrer dem Kinde nichts „Fremdes“ geben dürfe? Das Kind will ja das Fremde, das Neue, und was anderes ist der Sinn der Schule als der, dem Kinde das ihm noch Fremde mitzuteilen? Oder soll das Sechsjährige künstlich, zur ästhetischen Ergänzung der Großen, als „Kind“ konfekturiert werden?

Der Gegensatz: „Ausdrucks-Dilettantismus“ gegen „disziplinäre Sachlichkeit“ wurde sichtlich erspürbar, als auf die Vorträgen der Dalcrozeschule (Elisabeth Haple-Kemmer) gymnastische Übungen der Schule Rhoden-Banggaard (Gretel Fuhs) folgten. Der Dalcroze-Rhythmus ist letzten Endes auch nichts anderes als eine Sentimentalität, nämlich eine Verquickung von Körpergymnastik mit „Kunst“. Die Folge ist, daß er weder Gymnastik noch Kunst ist, sondern Dilettantismus. Der musikalische Rhythmus, der die körperliche Bewegung dirigiert, ist ein durchaus eigener Rhythmus, der, wie die Vorträgen ganz deutlich erkennen ließen, mit den gleichfalls eigenen Bewegungsrhythmen des menschlichen Körpers nicht zusammengeht. Es wird also ursächlich der Körpererhythmus von dem ihm fremden musikalischen Rhythmus abhängig gemacht. Der Körper will sich ganz aus



bedeute gekauft worden, da ja die Schnellbahn vorläufig im Bau stehen gelassen ist. Sollten die Verkaufsarbeiten gänzlich ausfallen und die Neuordnung der Türen und Sitzgelegenheiten in den Wagen beim reisenden Publikum Anklang finden, so wird mit gleichartigen, etwas längeren Wagen späterhin der gesamte elektrische Betrieb auf der Stadt- und Ringbahn, sowie auf den Vorortstrecken unterhalten werden.

Die Tumultbeschädigten warten noch immer vergeblich darauf, daß ihre durch das Tumultschädigengesetz vom Mai 1920 anerkannten Entschädigungsansprüche endlich geregelt und erledigt werden. Der Justus hat es sehr eilig mit der Entreibung der Kosten, zu denen die Geschädigten und deren Hinterbliebenen zu meist aus rein formalen Gründen bei ihren Klagen gegen den Justus verurteilt worden sind. Vor uns liegt ein Haftbefehl des Amtsgerichts Berlin-Mitte in der Zwangsversteigerungssache des Justus gegen Frau K., deren Mann auch ein uneheliches Opfer der Schießerei am Reichstagsgebäude im Januar 1919 wurde. Der fiktive Gläubiger, der doch in Wahrheit der Schuldner ist, versucht aus der geängstigten Frau die Kosten für die aus einem formalen Grunde abgewiesene Klage herauszupressen. Weiter geht der juristische Wirrwarr wohl nicht mehr aus. Es ist hohe Zeit, daß die Frage der Uebernahme der Prozesskosten auf die Staatskasse in allen diesen Fällen bald als eine Billigkeitsforderung anerkannt und geregelt wird.

Weitere 1 1/2 Millionen für die Brandenburgische Hebammenlehranstalt in Neuföhren. Der während des Krieges fertiggestellte Bau der Brandenburgischen Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Neuföhren ist zum großen Teil, besonders was die Metallstoffe anlangt, mit Erbschrotstoffen hergestellt, die jetzt ausgetauscht werden müssen. Nachdem der Provinziallandtag bereits im vorigen Jahre für diesen 1,2 Millionen bewilligt hatte, sind infolge der wachsenden Teuerung weitere Mittel notwendig geworden. Die Summe erhöht sich für die Umwechslungs- und Ausbaurbeiten auf 1 1/2 Millionen. Vor dem Anstaltsgebäude am Mariendorfer Weg soll das jetzt brachliegende Gelände, das einen ungesunden Anblick gewährt, durch gärtnerische Anlagen verschönert werden. Die für den Bau beschlossene Anleihe von 2.675.000 M. soll infolge dieser Arbeiten um 1 1/2 Millionen erhöht werden.

Schöneberger Gewerkschaftskommission. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung referierte Gen. Krulow über die Bestrebungen zur Zentralisation der Krankenkassen. Durch die Schaffung der Einheitsgemeinde Berlin sind die Schranken gefallen, welche einer Zusammenfassung der einzelnen Orts- und Landkrankenkassen in den früheren Bezirken im Wege standen. Das Versicherungsamt der Stadt Berlin hat bereits im Februar bei den Krankenkassen der Bezirke eine Neuorganisation angesetzt. Gedacht ist, daß die Bezirke I-VI der alten Stadtgemeinde Berlin von etwa sechs großen allgemeinen Ortskrankenkassen transformiert umgeben werden. Notwendig ist es, die neuen Ortskrankenkassen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen. Für Schöneberg-Friedenau und die anschließenden Verwaltungsbezirke kommt die Bildung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse in Betracht, welche von Schöneberg aus der Wannseebahn entlang sich über Friedenau, Steglitz, Lichterfelde und Zehlendorf nach Wannsee erstreckt. Die Ortskrankenkasse Schöneberg hat ihre Verschmelzung mit der Orts-, sowie mit der Landkrankenkasse Friedenau beschlossen. Es sind aber Verhandlungen im Gange, auch die anderen Ortskrankenkassen zusammenzuschließen. Für die Arbeiterkassen ist die Zusammenfassung der Krankenkassen nach einheitlichen Wirtschaftsgebieten eine dringende Notwendigkeit. Umfassende soziale Fürsorge durch Schaffung eigener Krankenanstalten, Heilstätten und Erholungsheime läßt sich nur erreichen durch die Bildung großer, leistungsfähiger Krankenkassen, welche das Unterhaltungsnetz nach jeder Richtung hin auszubauen haben, besonders auf dem Gebiete der Familienhilfe. Das Rebenelanderbestehen der vielen kleineren Krankenkassen bedeutet eine Verschwendung von Geld und Arbeit, die wir uns heute nicht mehr leisten können. Besonders an Verwaltungskosten wird gespart werden. Bei der Bildung der neuen großen Kasse, welche etwa 75.000 Mitglieder umfassen wird, ist Rücksicht darauf zu nehmen, daß jeder Versicherte möglichst an seinem Wohnort die Geschäftsstelle der Krankenkasse in Anspruch nehmen kann. Wo kurzfristige Einzelinteressen der Durchführung Schwierigkeiten bereiten, müssen diese beseitigt werden; möglicherweise darf nur das Wohl der versicherten Arbeiter sein. Die Ausführungen Krulows wurden lebhaft zugestimmt, ein Agitationsausflug ist mit der weiteren Bearbeitung der Sache beauftragt worden. Der Zentralisation der Kaufmanns- und Gewerbetreibenden wurde nach Ausführung des Gen. Henkel zugestimmt, die Bildung von Berufsammern auf Vorschlag vom Gen. Krulow empfohlen. Als Vertreter zu der beim Bezirksamt bestehenden Kommission für Kriegsbeschädigte wurden die Genossen Petri, Mantel, Rennau und Borgefeldt gewählt; in die Kommission für Kriegsbeschädigte sind die Genossen Falk und Lehmann entsandt worden. Zwei Vertreterinnen für Frauen werden noch bestimmt werden.

Die Aufführung des Verbrechens am dem Caféier Belli. Bei einer Schlägerei erloschen wurde, wie wir berichteten, in der Nacht zum Freitag der Besitzer des Cafés „International“ in der Großen Frankfurter Straße. Nach den Aussagen der Braut des Ertrunkenen und seiner Begleiter sollten die Täter den Streit eigens in Szene gesetzt haben, um Belli zu überfallen und auszuplündern. Hier nach mußte es sich also um einen geplanten Raubmord handeln. Nachforschungen ergaben aber, daß es sich tatsächlich um eine tegehrte Schlägerei handelt, die von dem betrunkenen Caféier und seinen Begleitern selbst hervorgerufen worden ist. Belli, dessen Braut und Freunde des Ertrunkenen, zwei polnische Schieber, die im Café mit Belli tüchtig gezecht hatten, verließen das Café handlangend und trotteten auf der Straße Vorübergehende grandios an. So stürzte sich einer der Begleiter des B., der eine Schnapsflasche in der Hand hatte, auf einen Wursthändler, der am Rande des Bürgersteiges stand und versuchte, dessen Wurstteller umzuwerfen. Dabei kam er selbst zu Fall und die Schnaps-

flasche zerbrach in tausend Scherben. Darüber wurde der Betrunkenen erhört und lärmte weiter. Der Auftritt hatte bald eine größere Menschenansammlung zur Folge und unter den Zuschauern befanden sich viele, die für die Angefallenen Partei nahmen und auf die Betrunkenen einschlugen. Während nun die beiden Polen sich aus dem Staube machten, legte sich Belli zur Wehr und zog auch das Messer. Als er dann aber auch davonlaufen wollte, erstickte er die tödlichen Stiche in den Kopf. Ein geplant Raubmord liegt nach diesen Vorgängen nicht vor. Es ist auch ganz unbestimmt, ob Belli tatsächlich die große Summe Geldes, wie seine Braut behauptet, bei sich gehabt hat. Eine Befragung dafür hat sich noch nicht ergeben. Der Kriminalpolizei ist es im Laufe des gestrigen Tages gelungen, sechs Teilnehmer an der Schlägerei zu ermitteln und festzunehmen. Wer von ihnen dem Caféier die tödlichen Stiche beibrachte hat, bedarf noch weiterer Untersuchung. Alle Bestreuten eingeschrieben, dem Ueberfallenen die Brieftasche mit Geld geraubt zu haben.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Trocken und ziemlich heiter, am Tage ziemlich warm bei mäßigen östlichen Winden.

### Gewerkchaftliches

#### Provokatorisches Verhalten?

Vom Vorstand des Buchbinderverbandes geht uns eine Zuschrift zu, die die Ueberschrift „An der Schwelle der Spaltung“ trägt. Sie gibt einen Bericht der jüngsten Beiratsitzung, die sich mit dem unerquicklichen Verhältnis zwischen dem Zentralvorstand und der Berliner Ortsverwaltung beschäftigt hat. Der Beschluß der Berliner, ihren Vorsitzenden Kaspar zu dem internationalen polygraphischen Kongress in Moskau zu delegieren und ihm für eine anschließende Studienreise in Rußland einen Urlaub von sechs Wochen zu bewilligen, wird als „provokatorisches Verhalten der kommunistischen Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin“ bezeichnet. In dieser Beurteilung sei in der Beiratsitzung volle Einmütigkeit vorhanden gewesen.

Mit Ausnahme der vier kommunistischen Mitglieder des Beirats, schreibt der Vorstand, waren alle anderen sich darin einig, daß das Verhalten Kaspars sowohl wie das der Ortsverwaltung einen Ausschluß aus dem Verbande rechtfertigen würde. Für den sofortigen Ausschluß Kaspars war sogar eine Mehrheit von ca. 20 gegen 13 Stimmen vorhanden. Nur um volle Einmütigkeit zu erzielen, sah man von dem sofortigen Ausschluß ab und nahm mit 20 gegen 4 kommunistische Stimmen eine scharfgesagte Resolution an, in der das Vorgehen des Verbandsvorstandes gutgeheißen wurde und Kaspar sowie die Ortsverwaltung wegen groben Vertrauensbruchs die scharfste Rüge ausgesprochen wird.

Ferner sei in der Beiratsitzung bedauert worden, daß bei den letzten Angestelltenwahlen für die Zahlstelle Berlin kein Zusammengehen der U.S.P. mit der S.P.D. zustande gekommen sei, um „dadurch die ganze kommunistische Rührwirtschaft“ zu beseitigen. „Ein solches Zusammengehen“, heißt es in dem Bericht, „war natürlich angesichts der Tatsache ausgeschlossen, daß der U.S.P. Aktionsausschluß die kommunistischen Vorsitzenden auf jeden Fall halten wollte und bei der Wahl für die Kommunisten eingetreten ist. Der Beschluß des Beirats bedeutet daher auch zu gleicher Zeit eine scharfe Beurteilung des U.S.P. Aktionsausschlusses, der bei den letzten Wahlen trotz genauer Kenntnis der kommunistischen Umtriebe die S.P.D. unterläßt.“

Der Beirat habe sich, heißt es dann weiter, „eine fast übermenschliche Zurückhaltung“ auferlegt, um dadurch das letzte mal noch den Riß zu vermindern. Aber das weitere Verhalten der Zahlstelle habe gezeigt, daß sie die Differenzen bewußt auf die Spitze treiben wolle. Dieses Verhalten steht nach dem Bericht so aus:

„Während der Tagung des Beirats wurde nämlich eine Mitgliederversammlung einberufen, die ebenfalls zu den Vorgängen Stellung nahm. In dieser drückten die Kommunisten eine Resolution durch, in der auch jetzt noch verlangt wird, der Einladung nach Rußland Folge zu leisten. Es scheint also, als ob die kommunistische Ortsverwaltung weiter auf die Beschlüsse des Beirats pfeift und ihre Anstrengungen fortsetzen will und so mit Gewalt der jetzt mit knapper Not verhängten Spaltung entgegenreißt.“

Wir hatten von den „Studienreisen“ der Rußlandfahrer gewiß nicht sehr viel. Auch wir würden z. B. Studienreisen nach England zur Zeit für viel nützlicher halten, wenn denn schon solche gemacht werden sollen. Aber wir haben doch den Eindruck, daß die Zweifeltäten zwischen dem Zentralvorstand und der Berliner Ortsverwaltung des Buchbinderverbandes leichter geschlichtet werden können, wenn auch der Zentralvorstand und der Beirat sich vor einer Ueberspannung des Bogens hüten würden. Da uns bekannt ist, daß die Kosten für die Reise Kaspars nicht aus Verbandsmitteln genommen werden sollen, können wir in diesen Beschlüssen der Berliner Zahlstelle weder ein „provokatorisches Verhalten“ noch in ihrer Ausführung eine „Rührwirtschaft“ erblicken. Auch verstehen wir nicht recht, wieso man immerfort den Teufel der Spaltung an die Wand malen will. Wenn der Beirat der Auffassung war, daß Anlaß zu einem sofortigen Ausschluß Kaspars gegeben sei, so hätte er diese Publikation benutzen müssen, um sein Material dafür der Öffentlichkeit mitzuteilen. Bei aller Beurteilung der kommunistischen Gewerkschaftstaktik vermögen wir in den angeführten Beschlüssen kaum einen sichhaltigen Grund für einen

Ausschluß zu sehen. Einstweilen erblicken unsere Berliner Parteigenossen mit den Kommunisten in der Ortsverwaltung sehr verträglich zusammen, und solange das der Fall ist, sollten auch Zentralvorstand und Beirat bemüht sein, ein erträgliches Verhältnis zur Berliner Ortsverwaltung zu finden. Die Tatsache, daß ein Vorsitzender einer Ortsverwaltung ein Kommunist ist, dürfte kaum als Anlaß zu einem disziplinarischen Vorgehen genügen.

### Generalversammlung der Buchdrucker

Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer hielt am Freitag in der Vordrauerstr. 13, die Generalversammlung ab, in der der Vorsitzende Rassin den Bericht über den Verlauf der Tarifausgleichung gab.

Die Verhandlungen vor dem Tarifausgleich fanden vom 2. bis 5. Mai in Berlin statt. Die lokalen Zuschläge sollen mit 5 Prozent beginnen und mit 30 Prozent endigen. Bisher waren die lokalen Zuschläge für Berlin und Hamburg bis auf 25 Prozent, für das übrige Reich bis auf 20 Prozent festgelegt. Die Prinzipale lehnten es jedoch ab, die lokalen Zuschläge über 25 Prozent auszuheben. Nach langwierigen Verhandlungen gelangten die Prinzipale zu, daß für die Orte im Reich eine Erhöhung der lokalen Zuschläge bis zu 25 Prozent gestraft werden könne. Berlin und Hamburg geben somit leer aus. Rassin behauptete, daß er mit leeren Händen vor die Berliner Gewerkschaft treten müßte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß bei den Verhandlungen im Juli ein besseres Resultat erzielt werde.

In der Diskussion sprachen mehrere Redner gegen die Beschlüsse des Tarifausgleichs und verlangten, daß sofort für Berlin neue Forderungen eingereicht werden. Im Falle der Ablehnung solle sofort in den Kampf getreten werden. Zwei in diesem Sinne gehaltene Resolutionen wurden mit 277 gegen 169 resp. 268 gegen 228 Stimmen abgelehnt. Nach der Abstimmung erklärte Rassin, daß, trotzdem die Resolutionen abgelehnt worden seien, nach Rücksprache mit dem Hauptvorstand versucht werden solle, erneut Verhandlungen mit den Prinzipalen über Gewährung von Lohnzuschüssen anzubahnen.

Hierauf wurde ein Antrag über Einführung von Einheitsbeiträgen ohne Debatte gegen wenige Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der verlangte, daß die Generalversammlungen nicht nur in der „Freiheit“ und im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden sollen, sondern auch in der „Roten Fahne“, wurde angenommen. Damit hatte die Generalversammlung ihr Ende erreicht.

Streik im Kaffeehausgewerbe? Eine vom Kartell der Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe einberufene Nachversammlung am 12. Mai 1921 aller Angestellten der Kaffeehausbetriebe nahm Stellung zu den von den Arbeitgebern gemachten Angeboten. Der Referent Wiesele berichtete in objektiver Weise über die bisher gepflogenen Verhandlungen. Die Unternehmer befinden sich, wie sie behaupten, in großer Notlage. In der Diskussion wurde von allen Rednern der in den Schreiben an das Kartell zum Ausdruck gebrachte brüskierende Ton scharf zurückgewiesen. Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten wurde gerügt, daß sie sich dauernd von den Unternehmern hinter die Fühler ließe. Die Anwesenden waren empört darüber, daß durch ihr disziplinäres Verhalten als organisierte Arbeitnehmer den Führern daraus der Vorwurf gemacht wurde, sie seien nur die Heher, um ihre bezahlten Posten zu behalten, währenddem das Personal in den Betrieben an leinerlei Lohnerhöhungen denke. Die einstimmige Stimmung der überfüllten Versammlung kam in einer Resolution, deren Annahme einstimmig erfolgte, zum Ausdruck, in der mit Entrüstung Kenntnis von dem prozozierenden Verhalten der Arbeitgeber genommen wird. Die von den Arbeitgebern gemachten Angebote sehen die Versammelten als eine Verhöhnung der Angestellten an und lehnen diese ab. Sollten bis zum 13. Mai 1921, abends 8 Uhr, die Sätze, die die Hoteliers bewilligt haben, nicht angenommen sein, so erklärt die Versammlung, am 14. Mai abends 8 Uhr die Arbeit niederzuliegen. Außer den Organisationen, die dem Kartell angeschlossen sind, gab ein Vertreter der Internationalen Arbeiterliga eine von rechter Solidarität zeugende Sympathieerklärung ab, die mit großer Genugtuung aufgenommen wurde.

### Aus den Organisationen

- 11. Bezirkskommission. Die Delegiertenkonferenz findet nicht den 24. sondern Sonnabend, den 21. Mai, statt.
- 6. Bezirk. 1. Pfingstfeiertag Frühkonzert im Bersarh-Kofe-Lyonts. Beginn 6 Uhr.
- 17. Bezirk. Umliche erbeitslose Genossen, welche monatliche Lieferung des „Freiheit“ am 1. Juni ab wünschen, werden gebeten, bis spätestens Sonntag, den 16. Mai, beim Genossen Paul Krug, Irtcherer Straße 21, zu melden.
- 17. Bezirk. Schellisch Karten zur „Geldprüfung“ sind am Freitag, den 18. Mai, bei Krug abzuholen.
- 17. Bezirk. Kinder, die an der Pfingstwanderung teilnehmen wollen, melden sich abends um 8 Uhr bei Krug, Irtcherer Straße 21, zur Insamnahme.
- 18. Bezirk. Kommunale Kommission. Die Kaffeehausangestellten am Montag, den 18. Mai, mit des Pfingstfestes wegen aus. Nächste Sitzung am Dienstag, den 24. Mai, Schule, Eyrhlanstraße 4-6.

Sonnabend, 14. Mai  
Kartell. Serie am 2. Feiertag nicht das Partikellaren gestrichelt.

### Vereinskalender

- Dienstag, 17. Mai  
Kaffeehaus der Arbeiterkassen, Ortsgruppe 9, 10. Verkündung, an schließend gemeinsames Kaffeestücken, Unten-Jochstraße, Gellenswälder Straße 222, abends 4 1/2 Uhr.
- Benanntlich: für Politik u. Kultur: Das 21. 1921, Berlin-Friedenau: für Kommunalpolitik, Volkes u. Gewerkschaft: Gebet u. Segen, Berlin: für den Interkontinent u. geschäftliche Mitteilungen: Edmund Romaner in Karlsruhe. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, S. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin O 2, Breite Str. 30.

**Briefwechsel**  
zwischen  
Schiller und Lotte  
Schiller und Goethe  
Jeder Band 322 Seiten  
hart und gut gebunden  
Nur 3, — Mk  
Foto extra

**Schokoladen**  
100-g Tafel 3,25  
Schneider, Hohenbergstr. 9  
Berlign. Kartell für Süßwaren

**Achtung! Händler!**  
Sellen, Doppeltelg, Sellenpulver, Toiletten-  
seife, Seife, Parfüm, Kerzen, Fein- und  
Gülden-Löbe, Streichhölzer, Kerzen, Kerzen  
nach Sonntag  
Kuth, Brunnenstr. 109

**Farbbanddrucker**  
Klassiker, Romane, Jugendschriften  
Sozialistische Literatur  
25% Preisermäßigung  
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin O 2  
Breite Straße 8/9  
Leicht beschädigte

**Kleine Anzeigen**  
Das Heberdahlswort 2.— Mtk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mtk., netto.  
Das Langenlocherwort 1.50 Mtk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mtk., netto.

**Verkäufe**  
Wichtig! Verkauf von An-  
zeigen zu billigen Preisen, in  
rebellischer Ausführung, von  
25.— bis 45.—, bei Gendel,  
Alexanderstraße 9, Dornberg, H.

**Kaufgesuche**  
Kaufgesuche, prima Ver-  
arbeitung, Kofen, kaufen Sie  
Ipsenbilly, Preisunterlage 100,  
Keine Umbauarbeiten.

**Möbel**  
Möbel, gebraucht und neu  
Gut und billig, gut erhalten,  
1900.—, Preis, Döberstraße 34,  
Kassameraden.

**Selbstbau**  
Kaufgesuche u. Verleihen, alle  
eingesehen, Preisunterlage, 100,  
Hohenbergstr. 11, Fern-  
nummer 2904.

**Wanderkarten**  
für alle Gebirge  
erhältlich in der  
Buchhandlung „Freiheit“  
Breite Straße 8-9

**Wanzen**  
Erhältlich in Apotheken und Drogerien.  
Apotheker Otto Pfeiffer & Pichler,  
Berlin N 65, Schulstraße 14.

**Pfeifferol**  
Motten, Flöhe, Kopf- und Körper-  
läuse, Schwaben werden radikal  
vernichtet durch  
Pfeifferol